

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Auergebirge, Fernsprecher 63. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 247

Dienstag, den 22. Oktober 1918

13. Jahrgang

Vor dem Zusammentritt des Reichstags.

Wichtige Vorlagen im Reichstage. / Ein Empfang der neuen Regierung beim Kaiser. / Die Forderung der Kommandogewalt. / Zum Zerfall Oesterreichs. / Friedensgelüste der Türkei. / Keine dänische Note an Deutschland.

Das Heer als Instrument der Politik.

Unsere politische Neuordnung zeitigt naturgemäß Forderungen, die denen, die mit der Entwicklung geistig nur schwer mitkommen, schwere Gewissensbedenken bereiten. Wenn jetzt die Mehrheitsparteien im Reichstage darüber beraten, inwiefern die militärischen Behörden und auch die kaiserliche Kommando- und Gewalt der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers unterstellt werden können, so empfinden das weite konservative Kreise als den schlimmsten Umsturz. Aber sie zeigen damit nur, daß sie sich in einen Geist eingelebt haben, der ursprünglich von gut konservativen Deuten gar nicht anerkannt wurde. Es war bekanntlich der altpreussische General und Kriegstheoretiker von Clausewitz, der den Krieg als die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln bezeichnete. Dieser Gedankengang macht es auch selbstverständlich, daß die Heerführung der politischen Leitung untersteht. In viel schärferer Weise hat Bismarck diese Forderung in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ erhoben. Es ist darum keineswegs ein grundlegendes Verlangen, wenn jetzt im Reichstage sich die Forderung nach Unterstellung aller militärischen Behörden und Einrichtungen unter die politische Verantwortlichkeit des Reichskanzlers zu Urträgen verdichten sollte.

In erster Linie wird daran gedacht, das Militärkabinett und das Marinekabinett zu Abteilungen des Kriegsministeriums oder des Reichsmarineamtes zu machen, für welche Behörden der Reichskanzler dem Reichstage gegenüber verantwortlich ist. Die Offiziersernennungen sollen dann unter Gegenzeichnung des Kriegsministers erfolgen, der dem Reichskanzler untersteht. Erwogen wird dabei auch die Umwandlung des Kriegsministeriums in ein Staatssekretariat für den Krieg, wobei die einzelstaatlichen Kriegsminister in Bayern, Sachsen und Württemberg weiter bestehen würden, der preussische Kriegsminister aber gleichzeitig Staatssekretär des Krieges wäre. Die Offiziersernennungen unter Gegenzeichnung des Kriegsministers würden die jetzige Tätigkeit des Militärkabinetts auf eine klare und legale Grundlage stellen. Wie wenig revolutionär dieses Verlangen ist, beweist wohl die Tatsache, daß die Gegenzeichnung durch den Kriegsminister in Bayern schon seither besteht. Der Verfassungsausschuß des Reichstages hatte schon im Mai 1917 diese Anregung in Urträgen formuliert; es wurde mit großer Mehrheit die Einfügung eines Artikels 88a in die Verfassung vorgeschlagen, der folgenden Wortlaut haben sollte:

„Die Ernennung der Offiziere und Militärbeamten eines Kontingents erfolgt unter Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents. Die Kriegsminister, mit Ausnahme des bayerischen, sind dem Bundesrat und dem Reichstage für die Verantwortung ihres Kontingents verantwortlich.“ Weiter wurde für den Artikel 88 folgende neue Fassung vorgeschlagen:

„Die Kriegsmarine untersteht dem Oberbefehl des Kaisers. Der Kaiser ernannt die Offiziere und Beamten der Marine unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers oder des Staatssekretärs des Reichsmarineamtes als seines Stellvertreters. Für die Verwaltung der Kriegsmarine ist der Reichskanzler und, soweit er gegengezeichnet hat, der Staatssekretär der Kriegsmarine dem Bundesrat und dem Reichstage verantwortlich.“

Im Verfassungsausschuß haben fernerzeit schon diese Urträge eine große Mehrheit gefunden, und es ist auch sicher, daß sie jetzt, wenn vielleicht auch in veränderter Form, angenommen werden. In irgend einer Fassung wird man auch versuchen, den Großen Generalstab aus seiner isolierten Stellung herauszubringen. Der Große Generalstab untersteht bisher weder dem Kriegsministerium, noch der Reichsleitung, und er ist auch dem Reichstage nicht verantwortlich. Vor kurzem hat der Große Generalstab den Charakter einer Zentralbehörde erhalten. Alle Zentralbehörden unterstehen dem Reichskanzler, und es wird im Interesse einer gelingenden Staatsordnung unumgänglich sein, die einzige bisherige Ausnahme zu beseitigen. Auch der Generalstab muß künftig dem Reichskanzler unterstehen.

Die kaiserliche Kommandogewalt ruht auf dem ersten Absatz des Artikels 68 der Reichsverfassung, welcher lautet:

„Die gesamte Landmacht des Reiches wird ein einheitliches Heer bilden, welches im Krieg und Frieden unter dem Befehl des Kaisers steht.“

Hier schlägt der Abgeordnete Gotthelm den Zusatz vor: „Die Verantwortlichkeit für die Ausübung dieser Befehlsgewalt trägt der Reichskanzler.“ Die hier angeregten Reformen weisen gewiß von dem Herkömmlichen bei uns ab. Sie sind aber durchaus eine natürliche Ergänzung des Bürgerstaates, der den Obrigkeitsstaat jetzt abgelöst hat. Gerade eine friedliche Entwicklung nach dem Kriege fordert gebieterisch, daß sich nicht gewissermaßen ein Staat im Staate bildet. Der Volksstaat muß in seiner Zentralgewalt ein unteilbares Ganzes sein. Daß der Kriegsführung dadurch kein Schaden entsteht, bedürfen zur Genüge die uns jetzt feindlichen Länder, in denen das Heer ganz selbstverständlich ein Instrument der Politik ist. Der Vergleich auf einige mehr romantische als zeitgemäße Ueberlieferungen wird uns nicht schwächen, wohl wird die Einheitlichkeit und Geschlossenheit unseres modernen Staates dadurch gewinnen.

Zur Friedensfrage.

Eine neue Erklärung des Reichstagspräsidenten. Wie aus parlamentarischen Kreisen gemeldet wird, soll in der heutigen (Dienstag-)Sitzung des Deutschen Reichstages eine neue feierliche Erklärung des Präsidenten des Reichstages erfolgen über den Willen des deutschen Volkes, zu einem ehrenvollen Frieden mit dem Feinde zu gelangen, aber keine Forderungen anzunehmen, die die fernere Existenz des deutschen Volkes unmöglich machen würden.

Die Friedensfrage in England. In London fand eine stark besuchte Versammlung statt, welche das Lansdowne-Komitee einberufen hatte. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, welche besagt, es sei im Interesse Englands, einen ehrenvollen Frieden auf Grund der von Wilson vorgeschlagenen und von Deutschland angenommenen Bedingungen zu schließen. Es sei zu hoffen, daß ein Waffenstillstand, der angemessene Bürgschaften vorsehe, schnell vereinbart werde. Der Vorsitzende Bell sagte, die Bedingungen Wilsons ließen Spielraum für Verhandlungen. Ein Frieden auf Grund von Verhandlungen sei das, was sie immer erstrebt hätten. George Lansdowne führte aus, er habe Vertrauen zu dem guten Glauben Wilsons, aber nicht der Leute, die England leiteten. Das Parlament schiene außerstande, die Minister zu einer deutlichen Erklärung ihrer Politik zu nötigen. Ehe das geschehen sei, wisse man nicht, was Wilsons Milieus glaubten oder wünschten. Hätte England Führer gehabt, die ihre Ziele und Bedingungen wie Wilson klar formuliert hätten, so wäre der Krieg längst beendet. Noel Buxton sagte, seine Freunde wollten Wilsons Politik und nichts als diese gegen eine Erniedrigung der militärischen Führer Deutschlands sei nichts einzuwenden, wenn aber dem deutschen Volke eine Erniedrigung zugesagt werde, gehe man einem neuen Krieg entgegen.

Lansdowne über den Notenaustausch. „Daily News“ veröffentlicht eine Meinungsäußerung Lord Lansdownes zum deutsch-amerikanischen Notenaustausch, worin Lansdowne die Bereitwilligkeit Deutschlands, sofort nach dem Waffenstillstand zu räumen und auf die inneren deutschen Grenzlinien zurückzugehen, als genügende Bürgschaft für die militärische Ueberlegenheit der Alliierten, wie sie von Wilson gefordert sei, bezeichnet. Lord Lansdowne erwartet, daß auch Präsident Wilson sich hiermit und mit der Bürgschaft des Deutschen Reichstages für die Innehaltung der Vereinbarungen zufriedengeben wird und die offiziellen Friedensverhandlungen in die Wege leiten würde.

Eine unverständliche englische Stimme. Die Londoner „Times“ melden: Obwohl die deutsche Note noch nicht bekannt ist, steht die Antwort der Alliierten so gut wie fest. Wir verhandeln nicht, wenn unsere Vorbedingungen nicht restlos angenommen werden. England hat Rücksicht auf das verbündete Frankreich zu nehmen und kann keiner Lösung zustimmen, die Frankreich nicht seine Kriegsgelüste sichert.

Frankische Stimmen. Eine Haasenote erklärt, die Note Wilsons an Oesterreich sei eine glatte Uebung. Sie mühe in

Wien die letzten Illusionen zerstören, sich durch ein Kompromiß mit den Wilsonschen Prinzipien zu retten. Im „Echo de Paris“ schreibt Bertinax, die Alliierten müßten unter allen Umständen vermeiden, daß sich die Deutschen Oesterreich dem Deutschen Reich anschließen. Das Interesse der Alliierten sei deshalb, jede Art von Zusammenschluß der österreicherischen Deutschen mit den Tschechen und Polen zu unterstehen. Kaiser Karl sei jedoch nicht fähig, eine solche Entwicklung in die Wege zu leiten.

Sonderfriedensgelüste der Türkei.

Wie der Korrespondenz „Stambul—Berlin“ gemeldet wird, nehmen in Konstantinopel die Tendenzen für einen Sonderfrieden zu. Wie der „Szenan“ berichtet, sei die Türkei berechtigt, auf eigene Faust vorzugehen, da sie von den Verbündeten keine Hilfe erwarten könne. „Watt“ ist der gleichen Meinung, wobei das Blatt betont, daß der Friede in wenigen Tagen vor Konstantinopel stehe, falls nicht ein rascher Frieden zustande komme. Auf Konstantinopel soll der gleichen Korrespondenz zufolge ein Fliegerangriff erfolgt sein, dem 70 Personen meiste Frauen und Kinder zum Opfer fielen. Die Zeitung „Terhikuman“ fragt, wie sich diese Untat am Vorabend des Friedens mit der Entzückung Wilsons in seiner Note an Deutschland über die Versendung eines Passagierdampfers zusammenreimen lasse.

Bedingungslose Uebergabe von der Türkei gefordert. Wie der „Corriere della Sera“ aus London meldet, hat die britische Regierung von Wilson die Abschrift des türkischen Waffenstillstandsangebots erhalten und beschlossen, von der türkischen Regierung die bedingungslose Uebergabe des Heeres als Vorbedingung des Waffenstillstandes zu verlangen, dessen nähere Ausführung General Wemyss festzusetzen hätte.

Wilson Ehrenbürger von Barcelona. „Daily Telegraph“ erzählt aus Madrid: Der Gemeinderat von Barcelona (Spanien) wird Präsident Wilson ersuchen, das Ehrenbürgerrecht der Stadt Barcelona anzunehmen als einen Beweis der Dankbarkeit für seine Bestrebungen zur Herbeiführung des Friedens.

Amerika erkennt Polen an. In der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Senats zu Washington wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, der die Unabhängigkeit Polens anerkennt und dem neuen polnischen Reich die Hilfe Amerikas sicherstellt.

Zur inneren Lage.

Ein Empfang beim Kaiser. Der Kaiser empfing gestern nachmittag in Berlin in Gegenwart des Reichskanzlers die neuernannten Staatssekretäre Scheidemann, Gröber, Erzberger, Gaußmann, Trimborn, Bauer und die Unterstaatssekretäre David, Wiesberts, Robert Schmidt, Dr. August Müller.

Sozialdemokratische Urträge im Reichstage. Beim Reichstage sind zum Teil in Form von Gesetzentwürfen eine Anzahl neuer sozialdemokratischer Urträge eingegangen, in denen verlangt wird sofortige Bereitstellung der Mittel für ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen und ein Gesetzentwurf betreffend die Arbeitslosenversicherung, eine Abänderung der Reichsverfassung dahin, daß die Ernennung und Entlassung des Reichskanzlers und der Staatssekretäre auf Beschluß des Reichstages erfolgen soll, Ueberkraftsetzung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1918 und Abmilderung und sofortige Freilassung der Angehörigen der besetzten Gebiete, die interniert oder zu Strafen verurteilt sind.

Die Neuordnung in Sachsen. Die „Sächs. Staatsztg.“ schreibt: „Verschiedene Zeitungen wissen bereits eingehende Mitteilungen über zukünftige Personaländerungen in den verschiedenen Ministerien zu machen. Wie sind in der Lage, diese Mitteilungen als bloße Kombinationen zu bezeichnen. Die letzte Sitzung des Gesamtministeriums hat sich mit Personal-

linge
Bedingungen
1919 sucht
Becher,
ue i. Erzgeb.
Wählen als
rtung
ntagsstunden
rt Simon,
bühne Nr. 11.
be
üben
rüben
kohl
ren
Ladungen
der Station
I, Slegmar.
n 70.
STIN
unden
eine
den
1189
ur letzten
181iger
el B. Wenzel,
u. G. W. W. W.
Dr. Gordon,
bühnen Nr. 6.
brauche
re, Klei-
und Tisch
u. n. n.
erger Nr. 3 III.
nküche
Stüttg,
n. n. n. n.
Liegewagen
h. n. n. n. n.
Vohnung
kstatt
zu mieten
b. m. Preis
Auer Tgl.
00 m.
ab 1. Jan.
b. n. n.
2. 4500 m
st. erboten.